

Jüdische Allgemeine | 01.07.2016 | Jennifer Stange | <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25910>

Dresden

Herr Hohmann von der AfD

Ex-CDU-MdB scheitert vor Gericht: Man darf ihn Antisemit nennen

Die politische Öffentlichkeit hat den früheren CDU-Politiker Martin Hohmann so gut wie vergessen. Wenig verwunderlich, denn vor einer Rede 2003, in der er von einem »Tätervolk« sprach, war der damalige Bundestagsabgeordnete aus Fulda in sieben Jahren Bundespolitik kaum in Erscheinung getreten. Noch im selben Jahr wurde er aus der CDU ausgeschlossen. Jetzt aber feiert er sein politisches Comeback in der AfD.

Der 67-Jährige sitzt für die rechtspopulistische Partei im Fuldaer Kreistag. Sein Motto lautet »Gott, Familie, Vaterland«, mehr ist auf seiner Website über aktuelle Aktivitäten nicht herauszubekommen. Hohmann empfiehlt dort ein Interview, das er 2012 der Publizistin Eva Herman gab: Nicht seine Rede sei ein Skandal, sondern die »Falschmeldungen« darüber; ihn zum »Antisemiten zu stempeln«, sei eine Verletzung seiner Persönlichkeit, sagt er.

ABMAHNUNG Mit dieser Auffassung scheiterte er allerdings jüngst vor dem Landgericht Dresden. Hohmann hatte gegen das Kulturbüro Sachsen auf Erstattung seiner Anwaltskosten geklagt, die ihm aus einer Abmahnung entstanden waren. Der Verein hatte in einem Artikel die gängige Interpretation wiedergegeben, dass Hohmann die Juden als »Tätervolk« bezeichnet hat. In seiner berüchtigten Rede hatte er sich mit der Frage beschäftigt, ob Juden »ausschließlich Opfer« gewesen seien. Wörtlich sagte er: »Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts.«

Richterin Bettina Stephan gab dem Kulturbüro recht: Hohmanns Klage lasse die Interpretation zu, er sei Antisemit. In seiner Rede »bezeichnete der Kläger >die Gottlosen< als Tätervolk und damit auch die Juden«. Die Richterin argumentiert, Relativierungen verfangen nicht. »Es geht zu Lasten des Klägers, wenn er sich sprachlicher Verwirrspiele bedient.«

THESE Hohmann verbreitet in besagtem Interview mit der Publizistin Herman die These, »eine gewisse Steuerung von interessierter Seite« stünde hinter der Kritik an ihm und seiner damaligen Rede. Belegen könne er diese Steuerung nicht, sagt er, aber es sei offensichtlich, dass »einflussreiche Juden dunkle Kapitel jüdischer Geschichte lieber im Dunkeln belassen« wollen.

Die Aufnahme des früheren CDU-Politikers in den hessischen Landesverband der AfD lief dennoch offenbar reibungslos. Nach dem Richtungskampf zwischen dem nationalkonservativen und dem liberaleren Flügel der Partei sprachen Beobachter von einem »Rechtsruck« im hessischen Landesverband. Mit Albrecht Glaser stehen derzeit unter anderem ein ehemaliger CDU-Mann sowie der Ex-Republikaner Peter Münch an der Spitze des Landesverbands. Mit Andreas Lichert, dem Geschäftsführer des »Vereins für Staatspolitik«, sitzt zudem ein Vertreter

der Neuen Rechten im Vorstand der Landespartei Hessen.